



Facharbeit im Studiengang Politik und öffentliche Verwaltung (PMP)

Masterarbeit

**Wahl- und Stimmbeteiligung auf kommunaler Ebene,  
erörtert am Beispiel der Stadt Biel**

Nicolas Gschwind

Unter der Leitung  
von  
Prof. Andreas Ladner

Experte: Herr Lionel Marquis

**Kurzfassung**  
August 2014

Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung  
Universität Lausanne  
Gebäude IDHEAP

CH-1015 Lausanne

**Inhaltsverzeichnis**

1. Das Wichtigste in Kürze .....	3
2. Ausgangslage, Forschungsfragen und Zielsetzung .....	4
3. Bestandsaufnahme : Die Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel .....	5
4. Analyse : Gründe für die Wahlabstinenz in Biel .....	6
5. Analyse : Allgemeine Auswertung der Ergebnisse.....	9
6. Verbesserungsvorschläge .....	10
7. Einschränkungen der Arbeit und zukünftige Entwicklungen .....	17

## **1. Das Wichtigste in Kürze**

Die vorliegende Arbeit wurde im Auftrag der Stadtkanzlei Biel erstellt und befasst sich mit der Frage der Wahl- und Stimmbeteiligung in der Stadt Biel. Sie verfolgt drei Zielsetzungen: Zuerst soll eine Bestandsaufnahme der Wahl- und Stimmbeteiligung in der Stadt Biel der vergangenen Jahre erfolgen. Danach werden die Faktoren erörtert, die auf lokaler Ebene zu einer geringen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Abstimmungen und Wahlen führen. Und schliesslich werden Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Situation auf lokaler Ebene unterbreitet.

Die Analyse der Wahl- und Stimmbeteiligung zwischen 1991 und 2012 bestätigt das Phänomen der strukturellen Wahlabstinz in Biel. Im Vergleich zu anderen Städten ähnlicher Grösse, zum Kanton Bern und zum Bund ist in der seeländischen Stadt bei lokalen, kantonalen sowie eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen ein fast schon systematisch zu nennendes partizipatives Defizit festzustellen.

Die dieser Wahlabstinz in Biel zugrundeliegenden Faktoren werden anhand von fünf Analysemodellen mit jeweils unterschiedlicher theoretischer Stossrichtung untersucht. Die Berechnungen beruhen auf verschiedenen bereits existierenden Statistiken, aber auch auf noch nicht veröffentlichten Daten, welche vor allem im Rahmen einer Umfrage bei der lokalen Bevölkerung auf der Grundlage von 8'500 eingegangenen Antworten erhoben wurden.

Die Studie stellt mehrere Anhaltspunkte für mögliche Ursachen der geringen Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel heraus. Die Merkmale der Abstimmungen und Wahlen (insbesondere die Kombination der Urnengänge sowie die fehlende Attraktivität kommunaler Ziele) wirken sich negativ auf die Wahlbeteiligung an Wochenenden aus; durch kontextbezogene Faktoren (Integration von Minderheiten, Mehrsprachigkeit, Berufs- und Wirtschaftsstruktur) entsteht in Biel ein tendenziell wahlbeteiligungsunfreundliches Umfeld; die Studie hebt darüber hinaus hervor, dass besondere soziodemographische Faktoren in Biel einen Einfluss auf die Beteiligung von Personen haben (hier sind besonders das Alter, das Bildungsniveau und die parteipolitische Einstellung der Einzelnen zu nennen). Auch die Bevölkerungsinformation spielt eine - wenn auch geringere - Rolle. Schliesslich wirken sich auch diverse sozio-psychologische Variable (politisches Interesse, Vergessen, Gefühl der Ohnmacht) massgeblich auf die Beteiligung aus. Allgemein kann also gesagt werden, dass die geringe Wahlbeteiligung in Biel auf fünf übergeordnete Aspekte zurückzuführen ist: das Alter, die Erziehung und das Bildungsniveau, die Information, die Multikulturalität und das lokale politische Leben. Es kann kein einzelner Faktor herausgestellt werden, der das Phänomen für sich allein erklären würde; unsere Studie bestätigt daher die Komplexität der Gründe für die Wahlabstinz, die bereits durch andere Arbeiten hervorgehoben wurde.

Zum Schluss werden ungefähr dreissig Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt. Diese stützen sich auf die Analyseergebnisse und auf den durchgeführten Vergleich mit anderen Städten, aber auch

auf andere, bereits existierende Studien. Die Lösungsvorschläge betreffen fünf unterschiedliche Themenbereiche: Elektronische Stimmabgabe, Organisation der Abstimmungen und Wahlen, politische Integration der nicht wählenden Bürgerinnen und Bürger, Informationsmittel und Stärkung des politischen Lebens. In den Fragebögen der Umfrage wurden vor allem folgende drei Elemente als optimierungswürdig eingestuft: die elektronische Stimmabgabe, die Weiterentwicklung der politischen Bildung und die Vereinfachung der amtlichen Unterlagen.

## 2. Ausgangslage, Forschungsfragen und Zielsetzung

Die vorliegende Studie wurde auf der Grundlage des von Peter Isler am 18. Oktober 2012 dem Gemeinderat vorgelegten dringlichen Postulats «Stimmbeteiligung» von den Bieler Behörden in Auftrag gegeben. In seinem Postulat forderte Herr Isler den Gemeinderat auf, die Einführung von Massnahmen zur langfristigen Verbesserung der Wahl- und Stimmbeteiligung in der Gemeinde Biel zu erörtern.

Der vorliegende Bericht wurde im Verlaufe des von seinem Autor von August bis Dezember 2013 bei der Stadtkanzlei Biel absolvierten Praktikums verfasst. Er wird dem Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung (HöV - Universität Lausanne) als Masterarbeit vorgelegt.

Die ihm zugrundeliegenden, übergeordneten Forschungsfragen lauteten:

*Wie stellt sich die Situation in der Stadt Biel hinsichtlich der geringen Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen tatsächlich dar? Welches sind die Gründe für diese mangelnde Wahlbeteiligung? Durch welche konkreten Massnahmen können Verbesserungen herbeigeführt werden?*

Um dem Forschungsauftrag der Stadt Biel zu entsprechen, verfolgt diese Studie im Rahmen der Forschungsfragen drei Ziele:

- 1. Die Erarbeitung einer umfassenden Bestandsaufnahme hinsichtlich der Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel in den vergangenen Jahren;*
- 2. die Darlegung der unterschiedlichen Gründe für die Wahlabstinenz in Biel;*
- 3. Vorschlag konkreter Massnahmen zur Verbesserung der Situation, basierend auf der Analyse und auf dem Vergleich mit anderen Städten.*

Die Experten sind einhellig der Meinung, dass mangelnde Wahl- und Stimmbeteiligung ein komplexes Phänomen darstellt und dessen Analyse schwierig ist, da es vom Zusammenspiel zahlreicher Faktoren abhängt, die sich wechselseitig beeinflussen und sich mit der Zeit oder entsprechend dem Kontext ändern können. Die vorliegende Studie stellt nicht den Anspruch,

umfassende Lösungen anzubieten, die quasi «automatisch» zu einer höheren Wahl- und Stimmbeteiligung führen. Wir hoffen jedoch, dass die vorgelegten Analysen und Lösungsvorschläge zu einer konstruktiven Reflexion über die Funktionsweise der Urnengänge und des demokratischen Lebens in der Stadt Biel beitragen können.

### 3. Bestandsaufnahme: Die Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel

**Zielsetzung** In einer ersten Phase der Analyse erstellen wir ein umfassendes Bild der Wahl- und Stimmbeteiligung der letzten zwanzig Jahre (1991-2012) in Biel, um zu überprüfen, ob die von den Behörden und Medien geäusserten Befürchtungen hinsichtlich der Wahlabstinenz tatsächlich begründet sind. Wir haben die Prozentsätze der lokalen Wahl- und Stimmbeteiligung zuerst einzeln beschrieben und danach einen Vergleich mit den Zahlen in drei weiteren Städten (Bern, Thun, La Chaux-de-Fonds), im Kanton Bern und in der Eidgenossenschaft angestellt.

**Ergebnis:** Die von den Bielerinnen und Bielern angegebenen Wahl-Präferenzen (kommunale, kantonale oder eidgenössische Wahlakte) sind wenig überraschend: Unabhängig davon, ob es sich um Abstimmungen oder Wahlen handelt, stimmen die meisten Bieler Wählerinnen und Wähler bei eidgenössischen Wahlakten ab. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung innerhalb der vergangenen zwanzig Jahre verläuft in Biel ebenfalls klassisch.

Die Analyse zeigt jedoch, dass die Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel grundsätzlich tiefer ist als in den anderen Städten, dem Kanton und der Eidgenossenschaft. Wie aus der untenstehenden Tabelle hervorgeht, belegt Biel in allen untersuchten Fällen der Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen durchgängig einen der hinteren Plätze (mit einer kleinen Ausnahme: Kommunalwahlen im Vergleich zu La Chaux-de-Fonds). Das partizipatorische Defizit beträgt im Vergleich zu den anderen Städten je nach Wahlakt durchschnittlich zwischen 2,7 und fast 15 Punkten. Im Vergleich zur Wahl- und Stimmbeteiligung auf kantonaler Ebene liegt Biel um 4,8 bis 8,5 Punkte zurück. Auf nationaler Ebene beträgt dieser Rückstand zwischen 6,6 und 9,8 Punkten.

Die Wahl- und Stimmbeteiligung im Vergleich (1991-2012)						
	Stadt Biel	Kanton Bern	Eidgenossenschaft	Stadt Thun	Stadt Bern	Stadt La Chaux-de-Fonds
Eidgenössische Abstimmungen	36,69	41,51	43,28	40,56	44,72	42,12
Kantonale Abstimmungen	34,80	39,63		40,39	43,29	37,50
Kommunale Abstimmungen	31,99			39,32	38,76	40,79
Eidgenössische Wahlen	35,39	43,91	45,22	41,98	50,63	39,16
Kantonale Wahlen	23,02	31,37		27,87	32,70	37,80
Kommunale Wahlen	34,68			43,90	44,19	32,55

Die Wahl- und Stimmbeteiligung im Vergleich – Zusammenfassung (1991-2012)

Diese Bestandsaufnahme bestätigt zweifellos die problematisch tiefe Wahlbeteiligung in Biel in den vergangenen zwanzig Jahren. Es ist unzweifelhaft, dass die Stadt hier mit einem strukturellen Problem konfrontiert ist: unabhängig vom untersuchten Wahlakt liegt die Wahl- und Stimmbeteiligung fast unveränderlich unter der Partizipation in den anderen Gemeinden.

#### 4. Analyse: Gründe für die Wahlabstinenz in Biel

Nachdem die Problematik der nachhaltigen Wahlabstinenz in der Stadt Biel durch unsere Untersuchung bestätigt wurde, konzentriert sich unsere Forschungsarbeit nunmehr darauf, die möglichen Gründe hierfür zu definieren. Zur Untersuchung der Gründe für die tiefe Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel wurden fünf verschiedene Erklärungsmodelle herangezogen, die sich jeweils auf unterschiedliche Faktoren beziehen. Die Analyse zieht unterschiedliche Ebenen und Gesichtspunkte in Betracht und gibt so einen möglichst umfassenden Überblick über die derzeitige Lage.

**Modell 1 - Wahlakt:** Kann die tiefe Wahlbeteiligung durch die Merkmale der in Biel durchgeführten Abstimmungen und Wahlen erklärt werden? Dieses Modell geht davon aus, dass die Wahlabstinenz dadurch begründet ist, dass in Biel zahlreiche Wahlakte durchgeführt werden, die das Interesse der Stimmberechtigten nicht wecken.

- **Methode:** Eintragung verschiedener Kriterien für jedes Thema, zu welchem in Biel zwischen 1991 und 2012 ein Urnengang stattfand; dann Durchführung statistischer Berechnungen in Zusammenhang mit der Wahl- und Stimmbeteiligung.
- **Ergebnis:** Die Kombination der in Biel an ein und demselben Wochenende stattfindenden Urnengänge spielt im Hinblick auf die Beteiligung eine grosse Rolle. Die Wahl- und Stimmbeteiligung steigt insbesondere dann, wenn Abstimmungen auf nationaler Ebene stattfinden (in diesen Fällen steigt die Beteiligung an kommunalen Abstimmungen um 14% und an Gemeindewahlen um 8%). Dahingegen zeigen die Stimmberechtigten wenig Interesse an kommunalen Abstimmungen: Dieses Phänomen erklärt sich unserer Analyse zufolge durch die betroffenen Themenbereiche, den komplexen, aber meist nicht konfliktbehafteten Inhalt sowie die geringe Medienberichterstattung. Dies steht in engem Zusammenhang mit den obligatorischen Referenden auf kommunaler Ebene. Andere Faktoren steigern jedoch die aktive Beteiligung der Stimmberechtigten: die gleichzeitige Durchführung nationaler Wahlen oder kantonaler Abstimmungen, Wahlen auf der Grundlage von Initiativen und Themen, welche auswärtige Angelegenheiten oder Asylfragen betreffen. Bei den Wahlen spielt eine grosse Rolle, auf welcher Ebene abgestimmt werden soll: kantonale Wahlakte animieren die Stimmberechtigten deutlich weniger zur aktiven Beteiligung als Wahlakte auf nationaler Ebene.

**Modell 2 - Kontextmodell:** Erklärt sich die Wahlabstinenz durch den Kontext in Biel? Dieses Modell geht davon aus, dass die tiefe Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel durch ein «wahl- und abstimmungsunfreundliches» Klima auf lokaler Ebene erklärt werden kann.

- **Methode:** Statistische Berechnungen für 188 Gemeinden des Kantons Bern, dann Vergleich der kantonalen Entwicklungen mit Biel; statistische Vergleiche mit den 10 grössten Schweizer Städten.
- **Ergebnis:** Auf lokaler Ebene gibt es drei Aspekte, die sich für die Erläuterung der Stimm- und Wahlabstinenz als wichtig erweisen können: Erstens der Aspekt der *Integration*: Verschiedene Minderheitengruppen innerhalb der Bieler Bevölkerung scheinen nicht in die demokratischen Prozesse integriert zu sein. Dies betrifft eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer sowie Personen, deren Muttersprache Italienisch oder eine Minderheitensprache ist, aber auch junge Menschen, Erwerbslose, nicht aktiv erwerbstätige Menschen sowie Menschen katholischen Glaubens. Anders formuliert: Die stark heterogene Zusammensetzung der Bieler Bevölkerung kann einen negativen Einfluss auf die Wahl- und Stimmbeteiligung haben. Zweitens der Aspekt der *Sprache*: Die Sprachenvielfalt in Biel, die generell als Vorteil erachtet wird, scheint in Bezug auf die Wahlpartizipation ein sensibler Faktor zu sein. Sowohl die Zweisprachigkeit als auch die grosse Anzahl an fremd- und italienischsprachigen Menschen könnte die relativ distanzierte Beziehung der Einwohnerinnen und Einwohner zu ihren Informationsquellen erklären, könnte aber für die Politik und die Meinungsbildung auch problematisch sein. Drittens der Aspekt der *Ausbildung und Arbeit*: Diesbezüglich unterscheidet sich Biel von den anderen grossen Städten: Die Struktur Biels ist grösstenteils industriell geprägt, das allgemeine Ausbildungsniveau tendenziell eher gering, die Anzahl der Erwerbslosen und der ungelerten Erwerbstätigen relativ hoch. Unserer Einschätzung zufolge spielt dieser Kontext für die Erklärung der Bieler Situation generell eine grosse Rolle.

Im Rahmen der drei folgenden Analysen haben wir eine Reihe von personenbezogenen Erklärungsansätzen untersucht und uns hierzu auf die Fragebögen gestützt, welche die Stadt Biel im November 2013 an alle Wahlberechtigten versendete und von denen 8'500 Exemplare ausgefüllt retourniert wurden.

**Modell 3 - Soziodemographisches Modell** Ist die Wahlabstinenz durch das Profil der Bieler Bürgerinnen und Bürger erklärbar? Dieses Modell geht davon aus, dass die tiefe Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel durch «personenbezogene» Elemente der Bevölkerung begründet ist.

- **Methode:** statistische Überprüfung der verschiedenen personenbezogenen Elemente, die aus den retournierten Fragebögen hervorgehen und sich positiv oder negativ auf die Beteiligung auswirken.

- **Ergebnis:** Das Alter erweist sich als der wichtigste soziodemographische Faktor in Biel (mit steigendem Alter steigt die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen). An zweiter Stelle folgt die parteipolitische Einstellung (Personen mit parteipolitischer Präferenz stimmen öfter ab), danach das Ausbildungsniveau (je höher der Ausbildungsabschluss, desto grösser die Wahl- und Stimmbeteiligung). Ist die Muttersprache Französisch oder eine Fremdsprache, hat dies deutlich negative Auswirkungen auf die Urnengänge. Die Mitgliedschaft in einem Verein oder Verband wirkt sich positiv auf die Beteiligung aus, allerdings in geringerem Masse. Personen, die bei ihrer Geburt die Schweizer Nationalität hatten, stimmen tendenziell eher ab. Personen, die seit weniger als einem Jahr in Biel domiziliert sind, gehen seltener zur Wahl als Personen, die bereits länger in Biel wohnen. Schliesslich ergeben unsere Untersuchungen, dass die in Biel geborenen Personen seltener wählen gehen als die anderen Schweizerinnen und Schweizer oder die im Ausland geborenen Befragten. Wir konnten darüber hinaus feststellen, dass die jungen, die neu zugezogenen und die gut ausgebildeten Stimmberechtigten sich mehr an kantonalen als an kommunalen Wahlakten beteiligen, während ältere oder weniger gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger eher bei nationalen bei lokalen Urnengängen abstimmen. Eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer sind oft hartnäckige Nichtwähler.

**Modell 4 – Informationsmodell:** Ist die Wahlabstinenz durch die Informationsgewohnheiten der Bielerinnen und Bieler erklärbar? Dieses Modell geht davon aus, dass die tiefe Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel durch die Art und Weise begründet ist, wie sich die Bevölkerung informiert.

- **Methode:** Statistische Überprüfung der verschiedenen Informationsmethoden, die sich aus den retournierten Fragebögen ergeben und sich positiv oder negativ auf die Urnengänge auswirken.
- **Ergebnis:** Die Verwendung von amtlichen Unterlagen wird durch die Befragten am häufigsten erwähnt und positiv mit der Wahl- und Stimmbeteiligung in Verbindung gesetzt. Auch nationale sowie lokale Medien und die Diskussionen im Familien- oder Freundeskreis spielen eine wichtige Rolle. Dahingegen gehen den Untersuchungen zufolge diejenigen, die hauptsächlich das Internet nutzen (vor allem die jungen Menschen) weniger oft wählen. Die Zeitung «À propos» hat offenbar keinen Einfluss auf das Wahlverhalten. Auch gab es negative Anmerkungen hinsichtlich der Zeit, die verfügbar ist, um die Wahlinformationen zu verarbeiten, und andererseits hinsichtlich der Komplexität der amtlichen Unterlagen. Schliesslich konnten wir feststellen, dass die personenbezogenen Faktoren, insbesondere das Alter, einen Einfluss darauf haben, ob die Person Internet nutzt oder sich an der Diskussion beteiligt. Dieses Modell hat jedoch den Nachteil, dass es ein nur schwaches Erklärungsvermögen aufweist.



**Modell 5 - Sozio-psychologisches Modell:** Ist die Wahlabstinenz in Biel durch psychologische Faktoren erklärbar? Dieses Modell geht davon aus, dass die Wahlabstinenz auf rein persönliche Entscheidungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger zur Wahl- und Stimmbeteiligung zurückzuführen ist.

- **Methode:** Statistische Überprüfung des Einflusses von persönlichen Einstellungen, die aus den retournierten Fragebögen hervorgehen und sich positiv oder negativ auf die Urnengänge auswirken.
- **Ergebnis:** Bei allen Wahlakten ist mangelndes politisches Interesse ein wichtiger Grund für die Wahlabstinenz. Auch Vergessen ist eng verbunden mit der geringen Wahlbeteiligung. Zwei weitere, entscheidende Faktoren sind das persönliche Gefühl, dass die einzelne Stimme nichts bewirken kann und die Komplexität der Prozesse. Manche Bürgerinnen und Bürger verzichten der Umfrage zufolge auf den Urnengang, weil die elektronische Stimmabgabe nicht möglich ist oder weil der Rückumschlag frankiert werden muss. Wir haben darüber hinaus festgestellt, dass fast 1'500 Befragte mangelndes Interesse an einem Thema oder die Themenkomplexität angaben. Unsere Berechnungen ergaben, dass das Argument des Vergessens mit dem soziodemographischen Profil und in geringerem Masse mit den Informationsgewohnheiten der Befragten zusammenhängt. Anders ausgedrückt: Die Bielerinnen und Bieler gehen in erster Linie aus mangelndem politischen Interesse nicht zur Wahlurne, aber auch, weil sie den Eindruck haben, politisch nichts bewirken zu können und die Kosten für die Wahlbeteiligung als hoch empfinden. Die Fragen der politischen Opposition / Zufriedenheit oder die Frage der Überfrachtung der Wahlgänge scheinen für Biel jedoch nicht ausschlaggebend zu sein.

## 5. Analyse: Allgemeine Auswertung der Ergebnisse

Aus statistischen Gründen war es uns nicht möglich, die Erklärungsansätze der hier erläuterten Modelle nach Relevanz zu ordnen. Aufgrund unserer Beobachtungen stellen wir jedoch fest, dass die tiefe Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel hauptsächlich mit fünf Faktoren in Zusammenhang steht:

- *Alter:* Einerseits beteiligen sich junge Menschen weniger oft an Wahlen und Abstimmungen als andere (Modell 3), andererseits ist diese Altersgruppe im Vergleich zur restlichen Bieler Bevölkerung überdurchschnittlich gross (Modell 2). Darüber hinaus spielen die lokalen Medien in Biel eine herausragende Rolle (Modell 2). Diese werden von den jungen Menschen aber wenig genutzt (Modell 4).
  - *Erziehung / Bildungsniveau:* Das Bildungsniveau ist ein zentraler Erklärungsansatz für die Wahl- und Stimmbeteiligung (Modell 3). Dieser ist in Biel, wo der sekundäre Industriesektor
-

vorherrschend und die Erwerbslosenquote relativ hoch ist (Modell 2), jedoch eher moderat. Darüber hinaus wirken sich die gefühlte Komplexität der Prozesse und Wahlziele negativ auf die Wahlbeteiligung aus (Modell 5). Wir haben jedoch festgestellt, dass die Ziele der Gemeindewahlen einen hohen Komplexitätsgrad aufweisen (Modell 1) und dass die amtlichen Unterlagen als schwer verständlich empfunden werden (Modell 4).

- *Information:* Die Bielerinnen und Bieler nutzen unseren Untersuchungen zufolge die verschiedenen ihnen zur Verfügung stehenden Informationsquellen nur wenig (Modell 2). Diese haben jedoch generell einen positiven Einfluss auf die Wahl- und Stimmbeteiligung (Modell 4). Die Mehrsprachigkeit der Stadt könnte im Rahmen der Information ein Problem darstellen (Modell 2). Wir haben festgestellt, dass diejenigen, die Französisch oder eine Fremdsprache als Muttersprache sprechen, tendenziell weniger häufig an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen (Modell 3).
- *Multikulturalität:* In der Stadt Biel wohnt eine Vielzahl von Minderheiten, die auf politischer Ebene spezifische Integrationsmassnahmen erfordern (Modell 2). Wir haben festgestellt, dass eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer oft hartnäckige Nichtwähler sind (Modell 3). Die Zweisprachigkeit und die Vielzahl an Sprachen könnten einen deutlich negativen Einfluss auf die Wahl- und Stimmbeteiligung haben (Modell 2 und 3). Generell können sich fehlende soziale Bindungen in Biel negativ auf die Partizipationsdynamik auswirken (Modell 2).
- *Politisches Leben:* Der hohe Fragmentationsgrad der politischen Parteien in Biel und der geringe Wettbewerb auf lokaler Ebene wirken sich unserer Untersuchung zufolge auf die Wahl- und Stimmbeteiligung eines Teils der Stimmberechtigten negativ aus (Modell 2). Gleichzeitig erweisen sich die parteipolitische Einstellung, die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, einer Gewerkschaft, einem Verein oder Verband für die Wahl- und Stimmbeteiligung als deutlich positiv (Modell 3). Hingegen stellen wir fest, dass das Gefühl, mit der Stimmabgabe nichts bewirken zu können, sowie ein Mangel an politischem Interesse in Biel eine herausragende Rolle spielen (Modell 5). In mehreren Kommentaren werden die Kosten, die der Urnengang verursacht, erwähnt (Modell 5). Und schliesslich kann festgehalten werden, dass die kommunalen sowie die kantonalen Abstimmungen als wenig attraktiv angesehen werden (Modell 1).

## 6. Verbesserungsvorschläge

Das letzte Ziel unserer Studie besteht darin, eine Reihe von Massnahmen vorzuschlagen, die zur Verbesserung der Wahl- und Stimmbeteiligung in Biel beitragen könnten. Die hier dargelegten Lösungsansätze leiten sich unmittelbar aus den Ergebnissen unserer Analysen ab. Sie weisen darüber hinaus einen Bezug zu bereits bestehenden Studien sowie zu in anderen Schweizer Städten gemachten Beobachtungen auf. Mit einer ausgewählten Gruppe von Schlüsselpersonen wurden zusätzliche Gespräche geführt. Darüber hinaus bezog sich eine der Fragen der

---

Fragebögen, die an die Bieler Wahlbevölkerung versendet worden waren, direkt auf Faktoren, die sich positiv auf die Wahl- und Stimmbeteiligung auswirken könnten.

Auf den folgenden Seiten befindet sich eine tabellarische Zusammenfassung der vorgeschlagenen Lösungen. Die Lösungsvorschläge betreffen fünf der wichtigsten Themenbereiche: Elektronische Stimmgabe, Organisation der Abstimmungen und Wahlen, politische Integration der nicht wählenden Bürgerinnen und Bürger, Informationsmittel und politisches Leben. Diese Lösungsansätze sind nicht als zwingend zu erachten, sondern sollten als Anregungen verstanden werden.

Hervorzuheben ist, dass wir im Folgenden eine Reihe von «üblichen» Massnahmen vorschlagen, die ausschliesslich auf eine Verbesserung der Wahl- und Stimmbeteiligung abzielen. Es ist nicht auszuschliessen, dass einige der vorgeschlagenen Massnahmen, die sich positiv auf das Stimmverhalten auswirken, auf andere Aspekte einen negativen Einfluss haben können (z.B. auf die demokratische Repräsentativität oder die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger).

Lösungsvorschläge	Betroffener Personenkreis	Bemerkungen
<p><b>1. Elektronische Stimmgabe</b></p> <p>1.1 Bei den Berner Behörden für die <b>schnelle Einführung der allgemeinen elektronischen Stimmgabe</b> plädieren</p> <p>1.2 Biel als Test-Stadt für die Einführung der elektronischen Stimmgabe vorschlagen</p> <p>1.3 Synergien mit anderen Gemeinden suchen</p> <p>1.4 Eine Konsultativ-abstimmung organisieren</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ein grosser Teil der Bevölkerung (Ausnahmen: Betagte, Fremdsprachige, Personen mit niedrigem Bildungsniveau)</li> <li>- Junge Menschen, insbesondere Frauen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Reduktion der gefühlten Kosten des Urnengangs, Vereinfachung der Prozesse, Lösung für den Mangel an Zeit / Abwesenheiten</li> <li>- Lösung Nr. 1 wird von den Befragten bevorzugt</li> <li>- Einschränkungen: hohe Kosten, Sicherheitsrisiken, partizipativer Effekt nicht garantiert</li> </ul>
<p><b>2. Organisation der Wahl- und Abstimmungsdaten</b></p> <p>2.1. Sicherstellen, dass alle kommunalen Urnengänge <b>zeitgleich mit eidgenössischen Wahlen oder Abstimmungen</b> stattfinden</p>	- Die gesamte Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Reduktion der Kosten für die Organisation</li> <li>- Potenzielle Verbesserung der Wahl- und Stimmbeteiligung: 14 Punkte für die Abstimmungen und 8 Punkte für die Gemeindewahlen</li> </ul>
<p>2.2. Was die Gemeindewahlen betrifft, können die Berner Behörden um ein <b>gemeinsames Wahldatum für alle Gemeinden des Kantons</b> ersucht werden</p>	- Die gesamte Bevölkerung	
<p>2.3. Auf die Berner Behörden Druck ausüben, um die <b>kantonalen Wahlen</b> immer zeitgleich mit einer eidgenössischen Abstimmung stattfinden zu lassen</p>	- Die gesamte Bevölkerung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bern und Thun äussern sich vorgängig eher positiv zu dieser Thematik</li> </ul>

<p><b>3. Obligatorische Referenden</b></p> <p>3.1 Einleitung einer Sachdebatte über die Relevanz kommunaler <b>obligatorischer Referenden</b> und die Kriterien ihrer Organisation</p> <p>3.2 Das Gleiche gilt für die Abstimmung über den <b>Voranschlag</b></p>	<p>- Die gesamte Bevölkerung</p>	<p>- Reduktion der Kosten für die Organisation</p> <p>- Mehrere Gemeinden (insbesondere im Kanton Bern) haben die Abstimmung über den Voranschlag abgeschafft</p>
<p><b>4. Briefliche Stimm- und Wahlabgabe</b></p> <p>4.1 Erhöhung der Anzahl der <b>Briefkästen</b> für die kostenfreie Abgabe der Antwortcouverts</p> <p>4.2 Verlängerung der <b>Rückgabezeiten</b> für die Antwortcouverts (abends, samstags)</p>	<p>- Die gesamte Bevölkerung</p>	<p>- Zum Beispiel in der Nähe von Bahnhöfen, in den Quartieren</p> <p>- Gratisversand: Diese Anmerkung wird von den Befragten am häufigsten gemacht</p>
<p><b>5. Urnengang</b></p> <p>5.1. Eine deutlichere <b>Beschilderung</b> anbringen, die weniger leicht entfernt werden kann</p> <p>5.2. Das Stimmbüro im Bahnhof in den Wartesaal zurückverlegen</p>	<p>- Relativ wenige Personen, hauptsächlich Französischsprachige und Neuzuzüger</p>	<p>- Reduktion der gefühlten Kosten des Urnengangs, Vereinfachung der Prozesse</p>
<p><b>6. Massnahmen gegen das Vergessen</b></p> <p>6.1. <b>Erinnerungs-sms</b> für die Wahl- und Abstimmungsdaten</p>	<p>- In erster Linie junge Menschen, Neuzuzüger</p>	<p>- Vor allem für die Abstimmungen</p> <p>- Auf Kosten der Wählerinnen und Wähler, die diesen Service in Anspruch nehmen</p> <p>- Existiert bereits für die Kehrriktabfuhr</p>
<p>6.2. <b>Plakate zur Erinnerung:</b> «Heute wird gewählt/abgestimmt» mit vorherigem Kunstwettbewerb für das Plakat des jeweiligen Wochenendes</p>	<p>- Junge Menschen, Französischsprachige, Personen mit hohem Bildungsniveau</p>	<p>- Vor allem für die Abstimmungen</p> <p>- Kann mit einer Massnahme zur Kulturförderung verbunden werden</p>
<p>6.3. Auflistung der Termine in der <b>Agenda der Stadt Biel</b></p> <p>6.4. Am Kontrollgebäude ein <b>Transparent</b> anbringen, um an die Wahl/Abstimmung zu erinnern</p>	<p>- Junge Menschen, Französischsprachige, Personen mit hohem Bildungsniveau</p>	<p>- Vor allem für die Abstimmungen</p>
<p><b>7. Stimmrechtsvollmacht</b></p> <p>7.1. Mit dem Kanton die Möglichkeiten der <b>Stimmrechtsvollmacht</b> erörtern</p>	<p>- Abwesende, kranke und betagte Wählerinnen und Wähler</p>	<p>- Derzeit in Biel gesetzlich verboten</p>

<p><b>8. Politische Integration der Wählerinnen und Wähler ausländischer Herkunft</b></p> <p>8.1. Entwicklung einer <b>Strategie der politischen Integration</b> der eingebürgerten und nicht eingebürgerten <b>ausländischen Stimmberechtigten</b></p> <p>8.2. <b>Förderung partizipativer Projekte</b> und der sozialen / interkulturellen Strukturen für Personen, welche die Schweizer Nationalität nicht haben</p> <p>8.3. <b>Nach der Einbürgerung: Informationsabend</b> zum Thema demokratische Verfahren</p> <p>8.4. Erörterung der Einführung eines Wahlrechts für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger bei Gemeindewahlen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eingebürgerte</li> <li>- Personen, die im Ausland geboren und nicht eingebürgert wurden</li> <li>- Personen, die im Ausland geboren und nicht eingebürgert wurden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Mögliche Synergien mit dem Café Citoyen, Multimondo, o.a.</li> <li>- Die Dynamik des «World Café» nutzen</li> <li>- Integration der ausländischen Gemeinschaften in den Reflexionsprozess</li> <li>- Existiert bereits anderweitig (NE, VD)</li> <li>- Zweischneidige Strategie hinsichtlich der Partizipation</li> </ul>
<p><b>9. Politische Integration der Sprachminoritäten</b></p> <p>9.1. Die Möglichkeit schaffen, die <b>Broschüre über den Bund</b> auch in <b>Italienisch</b> zu beziehen</p> <p>9.2. Die amtlichen Unterlagen für kommunale und kantonale Wahlen und Abstimmungen <b>ins Italienische übersetzen</b> lassen</p> <p>9.3. Die italienischen Versionen auf der Internetseite der Stadt Biel publizieren</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Italienischsprachige Bevölkerung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Macht ca. 6% der Bieler Bevölkerung aus</li> </ul>
<p>9.4. <b>Sprachliche Unterstützung</b> für diejenigen Fremdsprachigen anbieten, die dies wünschen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Personen, die andere Sprachen sprechen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auf den bei der Fachstelle Integration bereits existierenden Massnahmen aufbauen (interkulturelle Übersetzung)</li> </ul>
<p><b>10. Politische Integration Erwerbsloser</b></p> <p>10.1 Erarbeitung einer <b>Strategie der politischen Wiedereingliederung</b> für Erwerbslose</p> <p>10.2 Sie in die Organisation der Abstimmungen und Wahlen einbeziehen (Diskussionen, Auszählung der abgegebenen Stimmen, etc.)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erwerbslose</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auf den Erfahrungen der Verkehrsbetriebe Biel und Velospot aufbauen</li> </ul>

<p><b>11. Politische Integration junger Menschen</b></p> <p>11.1 Innerhalb der Stadtkanzlei die <b>Beteiligung junger Menschen</b> zur Kernaufgabe machen</p> <p>11.2 Jungen Menschen die Broschüre <b>Easyvote</b> zugänglich machen</p> <p>11.3 Austausch mit Nidau oder Thun über deren Bilanz in diesem Themenbereich</p> <p>11.4 Einrichtung eines Sponsoring für Easyvote</p> <p>11.5 Bekanntmachung von Easyvote und weiteren Internetseiten, die sich an junge Menschen richten, in den Schulklassen und durch die Publikation auf der Internetseite der Stadt Biel</p>	<p>- Junge Menschen Insbesondere in der obligatorischen Schule und der Berufsbildung</p>	<p>- Einfluss auf den Mangel an politischem Interesse sowie auf den Eindruck der Komplexität und das Gefühl der Machtlosigkeit</p> <p>- Zahlreiche andere Städte nutzen diese Massnahmen bereits. Die Kosten hierfür können gesenkt werden, wenn die Stadt die Initiative ergreift.</p> <p>- Einfluss auf den Mangel an politischem Interesse sowie auf den Eindruck der Komplexität und das Gefühl der Machtlosigkeit</p> <p>- Langfristig unabdingbar</p> <p>- Politische Bildung ist ab dem Jugendalter erforderlich</p> <p>- Lösung Nr. 3 bei den Befragten, befürwortet v.a. von den 18-35jährigen</p> <p>- Interesse bei den Schuldirektionen</p>
<p>11.6 Unterstützung der Aktivitäten des <b>Jugendparlaments</b>; diese Einrichtung mittels fester Subventionsbeträge und einer festen Verwaltung dauerhaft etablieren</p> <p>11.7 Institutionalisierung der Projektbetreuung und -nachverfolgung und Förderung des Projekts in den Schulen</p> <p>11.8 Weitere <b>Gruppenerlebnisse</b> fördern wie z.B. den Schülerrat, das kantonale Jugendparlament oder die Jugendsession in Bern</p> <p>11.9 Organisation eines <b>Treffens zwischen den jungen, erst vor kurzem volljährig gewordenen Menschen und den Vertreterinnen und Vertretern der Lokalpolitik</b></p> <p>11.10 Weiterentwicklung der <b>politischen Bildung</b> in Schulen, Durchführung einer detaillierten Analyse der Situation auf lokaler Ebene und, sofern erforderlich, Druckausübung auf Bern</p> <p>11.11 Ermutigung der Schulklassen, am Programm <b>«Jugend debattiert»</b> teilzunehmen</p> <p>11.12 Organisation von <b>Führungen in der Bieler Stadtverwaltung und im Stadtrat</b></p> <p>11.13 Förderung <b>didaktischer Projekte</b> wie z.B. «Civicampus» und «Schulen nach Bern»</p>	<p>-</p>	<p>-</p>

<p><b>12. Optimierung der amtlichen Unterlagen</b></p> <p>12.1 Bemühungen um <b>Vereinfachung der amtlichen Unterlagen</b>, insbesondere auf kantonaler und kommunaler Ebene</p> <p>12.2 Systematische Hinzufügung einer Rubrik «<b>Das Wichtigste in Kürze</b>»</p> <p>12.3 Hinzufügung einer zusammenfassenden Darstellung der <b>Stimmparolen</b> der politischen Parteien</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ein Grossteil der Bevölkerung</li> <li>- Insbesondere fremdsprachige Personen, Personen mit geringem Bildungsniveau, Eingebürgerte und Personen ohne politisches Interesse</li> <li>- Personen, die wenig Zeit oder Interesse haben</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lösung Nr. 2 wird von den Befragten erwähnt</li> <li>- Die amtlichen Unterlagen werden von den Befragten am häufigsten zur Informationsbeschaffung genutzt</li> <li>- Viele schriftliche Anmerkungen zur Komplexität der Broschüre</li> <li>- Die Zusammenfassung könnte als Grundlage für die Übersetzungen dienen</li> <li>- Die Leitsätze dienen den Parteien dazu, sich zu profilieren</li> </ul>
<p><b>13. Internet</b></p> <p>13.1 Weiterentwicklung des <b>Portals «Abstimmungen und Wahlen»</b> auf der Internetseite der Stadt Biel</p> <p>13.2 Bereitstellung einer französisch- und deutschsprachigen <b>Presserevue</b> auf diesem Portal</p> <p>13.3 Weiterentwicklung der Fördermassnahmen auf <b>Facebook</b></p> <p>13.4 Erstellung von Informationsvideos</p> <p>13.5 Entwicklung von <b>Smartvote</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vor allem junge Menschen und Personen mit geringem Interesse</li> <li>- Personen, die noch kein Wahlrecht haben</li> <li>- Zweisprachige Personen, kann dem Medienproblem entgegenwirken</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>-</li> </ul>
<p><b>14. Medien</b></p> <p>14.1 <b>Lokale Medien:</b> Bereitstellung der Stimmparolen der politischen Parteien</p> <p>14.2 Klare Begrenzung der Kampagnen, z.B. durch eine offizielle Medienmitteilung nach Vorlage an den Stadtrat</p> <p>14.3 <b>Nationale Medien:</b> Schärfung des Profils der Stadt auf nationaler Ebene, Einladung der nationalen Medien zu den Pressekonferenzen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Betagte, Personen mit hohem Bildungsniveau, Männer</li> <li>- Einschränkungen: Die Medien betreffen oftmals Personen, die bereits Interesse zeigen.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 18% der Befragten möchten mehr Informationen über die Medien erhalten</li> <li>- Die regionale Presse unterstützt die Massnahmen gegen das Vergessen</li> <li>-</li> </ul>
<p><b>15. Aushang</b></p> <p>15.1 <b>Zusammenfassender Überblick auf Plakaten</b> oder kostenlose Bereitstellung zusätzlicher Aushängeflächen für Parteien anlässlich der Wahl- und Abstimmungen</p> <p>15.2 Prüfung weiterer Möglichkeiten für Aushänge (z.B. Stiftung gad)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fremdsprachige, Eingebürgerte</li> <li>- Die gesamte Bevölkerung</li> <li>- Schafft Abhilfe in Bezug auf das Problem der unzureichenden Flächen (Zweisprachigkeit)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Relativ wenige positive Rückmeldungen</li> <li>- Ermöglicht den Parteien die politische Profilierung</li> <li>- Relativ hohe Kosten</li> </ul>

<p><b>16. A Propos</b> 16.1 Entwicklung von Informationen zu den Abstimmungen und Wahlen, nicht nur zu Organisationsfragen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Personen mit geringem Bildungsniveau, Fremdsprachige, Eingebürgerte</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Derzeit keine deutliche Auswirkung, existiert aber erst seit kurzer Zeit und ist noch relativ unbekannt.</li> </ul>
<p><b>17. Diskussionen und Debatten</b> 17.1 Durchführung von Debatten und Runden Tischen in den Quartieren, insbesondere zu kommunalen Themen 17.2 Einbindung der Schülerinnen und Schüler sowie Erwerbslosen in die Vorbereitung solcher Treffen</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die gesamte Bevölkerung, auch Personen ohne Wahlrecht</li> <li>- Schafft Abhilfe in Bezug auf das Problem der Zweisprachigkeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Zusammenarbeit mit dem Café Citoyen und den Quartierleuten suchen</li> <li>- Stärkt die politischen Kompetenz- und Einflussenerwartungen (<i>political efficacy</i>), die sozialen Bindungen, das politische Interesse</li> </ul>
<p><b>18. Weitere Elemente der Kommunikation</b> 18.1 Vorbereitung einer <b>Präsentationsbroschüre</b> der politischen Instanzen in Biel (nach dem Vorbild der Broschüre «Der Bund kurz erklärt») 18.2 <b>Proaktiveres Vorgehen</b> gegen die Wahlabstinenz 18.3 Organisation einer <b>öffentlichen Kampagne</b> mit regionalen Persönlichkeiten <b>zur Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Die gesamte Bevölkerung, insbesondere die jungen Menschen und Neuzuzüger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>-</li> </ul>
<p><b>19. Weiterentwicklung der parteipolitischen Einstellungen</b> 19.1 <b>Kostenlose</b> Bereitstellung von <b>Ständen</b> für politische Parteien während der Marktzeiten 19.2 Bereitstellung der <b>Erreichbarkeiten der Wählerinnen und Wähler</b> für politische Parteien unter der Bedingung der Wahrung der Vertraulichkeit 19.3 <i>Weitere, bereits aufgeführte Lösungsansätze: Veröffentlichung der Leitsätze der Parteien in den amtlichen Unterlagen, Bereitstellung zusätzlicher Aushängeflächen während der Abstimmungen, Entwicklung und Förderung von Smartvote, insbesondere für die Gemeindewahlen</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Personen ohne parteipolitisches Zugehörigkeitsgefühl, junge Menschen mit geringem Bildungsniveau</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Diese Massnahmen ermöglichen es den Parteien, ihr politisches Profil auf lokaler Ebene zu schärfen</li> </ul>



<p><b>20. Förderung des politischen Interesses</b></p> <p>20.1 Organisation von <b>Tagen der offenen Tür</b> bei der Stadtverwaltung</p> <p>20.2 Durchführung <b>dezentralisierter Sitzungen des Stadtrates</b>, z.B. in der Öffentlichkeit oder in den Quartieren</p> <p>20.3 Organisation von <b>Führungen in der Bieler Stadtverwaltung</b>, die sich spezifisch an Neuzuzüger richten</p> <p>20.4 <i>Weitere, bereits aufgeführte Lösungsansätze: Entwicklung der politischen Information in den lokalen Medien, Durchführung von Debatten und Runden Tischen in den Quartieren, Präsentationsbroschüre der politischen Instanzen in Biel</i></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Personen, die sich nicht oder wenig für Politik interessieren</li> <li>- Insbesondere junge Menschen, Fremdsprachige, Eingebürgerte</li> <li>- Betagte, Personen mit geringem Bildungsniveau und Neuzuzüger fordern bessere Informationen über das politische Leben ein</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Diese Massnahmen fördern das Interesse an der Politik</li> <li>- Information zur Lokalpolitik: Lösung Nr.4 wird von den Befragten erwähnt</li> <li>- Junge Menschen, Neuzuzüger und Personen mit hohem Bildungsniveau ziehen kantonale Wahlen den Gemeindewahlen vor</li> </ul>
<p><b>21. Verbesserung hinsichtlich des Eindrucks, man könne bei Wahlen und Abstimmungen nichts bewirken</b></p> <p>21.1 Bereitstellung von Informationen zur <b>Entwicklung der jeweiligen Dossiers</b> auf der Internetseite der Stadt Biel</p> <p>21.2 <b>Auflistung der leer abgegebenen Stimmzettel</b> und Integration in die Stimmauszählung</p> <p>21.3 Entwicklung einer <b>partizipativen Politik</b> bei der Erarbeitung von Projekten, die einer kommunalen Abstimmung unterliegen, insbesondere bei öffentlichen Bauprojekten (Beispiel: La Chaux-de-Fonds)</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Personen mit geringen politischen Kompetenz- und Einflussenerwartungen (<i>political efficacy</i>)</li> <li>- Insbesondere junge Menschen, Menschen ohne parteipolitisches Zugehörigkeitsgefühl und mit niedrigem Bildungsniveau</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Diese Massnahmen fördern die Wirksamkeitserwartungen (<i>external efficacy</i>)</li> <li>- Für diese Problematik ist ein einfacher Lösungsansatz nur schwer vorstellbar.</li> </ul>

## 7. Einschränkungen der Arbeit und zukünftige Entwicklungen

Durch den Versand eines Fragebogens mit den Wahlunterlagen konnte zwar eine hohe Rücklaufquote generiert und eine breite statistische Grundlage geschaffen werden, aber dieses Vorgehen warf gleichzeitig methodische Probleme auf, insbesondere hinsichtlich der Repräsentativität der Befragten. Logischerweise sind die Nichtwählerinnen und –wähler unter den

Befragten in der Minderheit. Es ist jedoch zu unterstreichen, dass dank der statistischen Methoden trotzdem interessante Ergebnisse erzielt werden konnten. Wir möchten betonen, dass wir uns nicht ausschliesslich für die «hartnäckigen Nichtwähler» in der Bevölkerung interessiert haben: Auch die Gelegenheitswählerinnen und –wähler (deren Rückmeldungen zahlreicher eingingen) sind bei der Analyse der Wahlabstinenz von grosser Bedeutung. Der Fragebogen bleibt darüber hinaus eines der wenigen Instrumente, mit denen bei akzeptablem Kostenaufwand grossflächige, standardisierte Daten ermittelt werden können. Diese Methode ist daher für die vorliegende Studie faktisch die realistischste, wenn man u.a. einige hundert Antworten von Nichtwählerinnen und –wähler erhalten möchte.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Heterogenität der vorgeschlagenen Erklärungsmodelle. Innerhalb unserer Analyse haben wir organisations-, kontext- und personenbezogene Ansätze verwendet, die jeweils einer sehr unterschiedlichen Logik folgen. Es kann sich als sehr schwierig erweisen, Parallelen zwischen den mit den unterschiedlichen Systemen erzielten Ergebnissen zu ziehen. Wir sind jedoch der Auffassung, dass die verschiedenen Ansätze der jeweiligen Analysen mehr Vor- als Nachteile mit sich bringen und eine allgemeine Übersicht über die Situation in Biel ermöglichen, ohne sich nur auf eine einzige Methode zu verlassen.

Diverse qualitative Aspekte der Wahlabstinenz-Analyse mussten ausser Acht gelassen werden, obgleich sie für unsere Arbeit interessante Zusatzaspekte geliefert hätten. Es wäre zum Beispiel vorstellbar, eine Serie von Interviews mit Experten aus dem Bereich der Wahlpartizipation durchzuführen, um ihnen die Situation in Biel darzulegen und ihre Analyse zu berücksichtigen. Auch wäre es auf lokaler Ebene interessant, ausgesuchte gewählte politische Vertreterinnen und Vertreter zu befragen, welchen Sinn sie in der Wahlabstinenz sehen und welche Sichtweise sie von der partizipativen Demokratie haben.

Schliesslich wäre es sicherlich wünschenswert, einige zusätzliche Studien zu verschiedenen, in dieser Studie erwähnten und nicht näher untersuchten Phänomenen erstellen zu können. An erster Stelle sollte der Einfluss der Zweisprachigkeit auf die Wahl- und Stimmbeteiligung näher untersucht werden, um feststellen zu können, ob sich diese tatsächlich auf die Intensität der Information und das Wahlverhalten der Bieler Stimmberechtigten auswirkt. Darüber hinaus sollte die *Wahrnehmung der sozialen Probleme* auf die Wahl- und Stimmbeteiligung detailliert untersucht werden, denn dieses Element wird von den Medien bei der Berichterstattung über Biel regelmässig nachteilig erwähnt. Und schliesslich wäre es erforderlich, sich intensiver mit dem Eindruck der Bürgerinnen und Bürger zu befassen, dass sie *politisch nichts bewirken können*. Dieser Eindruck konnte durch unsere Analyse herausgearbeitet werden, aber seine Bedeutung und Verankerung innerhalb der Bevölkerung muss noch präzisiert werden.